



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband anthroposophisches Sozialwesen

Stand vom 31.07.2025 15:33:41 bis 28.10.2025 11:37:36

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R005707
Ersteintrag:	14.02.2023
Letzte Änderung:	31.07.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	07.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Schloßstr. 9 61209 Echzell-Bingenheim Deutschland
	Telefonnummer: +496035609210 E-Mail-Adressen: bundesverband@anthropoi.de Webseiten: https://anthropoi.de/bundesverband/
Hauptstadtrepräsentanz:	Oranienburger Str. 13-14 10178 Berlin
	Telefonnummer: +496035609210 E-Mail-Adresse: bundesverband@anthropoi.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

160.001 bis 170.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Cornelia Auschra

Funktion: Mitglied des Vorstands

2. Ulrike Benkart

Funktion: Mitglied des Vorstands

3. Reinhard Kaul-Seeger

Funktion: Mitglied des Vorstands

4. Annette Pichler

Funktion: Mitglied des Vorstands

5. Holger Wilms

Funktion: Mitglied des Vorstands

6. Pascal Michael Franz

Funktion: Mitglied des Vorstands

7. Martin Haack

Funktion: Mitglied des Vorstands

8. Andreas Wiesenfarth

Funktion: Mitglied des Vorstands

9. Tobias Raedler

Funktion: Mitglied des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. Johannes Kaspar Harms

2. Nora Köhler

3. Julia Niederstucke-Kutzner

4. Ulrike Benkart

5. Holger Wilms

Gesamtzahl der Mitglieder:

182 Mitglieder am 23.05.2024, davon:

6 natürliche Personen

176 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband-Gesamtverband e.V.
2. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
3. DAMiD e.V.
4. Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V.
5. InkluGeno eG

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (2):

Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband anthroposophisches Sozialwesen ist als Fachverband für Menschen mit Behinderung in dem Bereich der Eingliederungshilfe, den Schnittstellen und der Inklusion tätig. Kern der Arbeit ist die Interessenvertretung der Mitgliedsorganisationen des Verbandes, also der Einrichtungen und Dienste, die Menschen mit Behinderung begleiten und der Menschen mit Behinderung selbst. Konkret geht es sowohl um die Interessenvertretung der Leistungserbringer und der personenzentrierten, sozialräumlichen und inklusiven Weiterentwicklung der Angebote der Mitgliedseinrichtungen in der Eingliederungshilfe als auch um die Interessenvertretung für die Menschen mit Behinderung unter Voranbringen der Umsetzung der UN- BRK. Ein großes Anliegen des Verbandes ist das Erreichen einer vollständigen Umsetzung der UN- BRK und damit die Verwirklichung einer menschenrechtsbasierten und inklusiven Gesellschaft ohne Abstriche.

Um diese Interessen zu vertreten, werden, vorwiegend im Zusammenschluss mit den Fachverbänden für Menschen mit Behinderung unter anderem Gespräche/ Dialogprozesse mit Mitgliedern des Bundestages (insbesondere den teilhabepolitischen Sprechern), sowie den Bundesministerien im Hinblick auf Änderungsnotwendigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten betreffend die Eingliederungshilfe und die Schnittstellenfelder, insbesondere Gesundheit und Pflege geführt. Es werden direkte Anschreiben an Minister*innen, Eckpunktepapiere und Positionspapiere, sowie Stellungnahmen zu Referenten- und Gesetzesentwürfen, sowie Aktionsplänen angefertigt.

Themen, mit denen sich der Verband beschäftigt sind z.B. Entwicklung eines inklusiven Arbeitsmarktes (WfbM-Reform), inklusives Gesundheitswesen, umfassende Barrierefreiheit und oder angemessene Vorkehrungen in allen Bereichen, auch von Anbietern privater Dienstleistungen und Waren, Gesetzgebung zur inklusiven Kinder- und Jugendhilfe, auch aber der Fach- und Personalmangel in der Eingliederungshilfe.

Im Rahmen der Interessenvertretung ist es unerlässlich auch auf die Probleme unserer Mitgliedsorganisationen in der Praxis hinzuweisen, die die Umsetzung des BTHG und die Umsetzung hin zu einer UN- BRK konformen Angebotsstruktur mit sich bringt. Ebenso notwendig ist es auf die Anliegen von Menschen mit Behinderung hinzuweisen und gemeinsam Problemlösungen und Verbesserungsmöglichkeiten zu erarbeiten und dabei immer den Fokus auf die UN- BRK und die Pflicht und Notwendigkeit der Umsetzung dieser zu wahren.

Im Rahmen des Verbändebündnisses der Fachverbände für Menschen mit Behinderung (die Fachverbände für Menschen mit Behinderung) und deren zweimal im Jahr stattfinden Konferenz der Fachverbände werden regelmäßig politische Akteur*innen, z.B. teilhabepolitische Sprecher*innen der Fraktionen oder Vertreter*innen der für die Interessenvertretung maßgeblichen Ministerien eingeladen.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. Reform des Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Beschreibung:

Stellungnahme zum Referenten- und Gesetzesentwurf

Betroffenes geltendes Recht:

BGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

2. Inklusive Kinder & Jugendhilfe SGB VIII

Beschreibung:

Inklusive Kinder- & Jugendhilfe durch Zusammenführung SGB VIII & SGB IX

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412100032](#) (PDF - 34 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Reform Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) - Inklusiver Arbeitsmarkt

Beschreibung:

Übergang & Zugang von Menschen mit Behinderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt
stärken

Erhöhung der Entlohnung in WfbM

Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SGB 3 [alle RV hierzu]; SchwbWV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

4. Reform Allgemeines Gleichbehandlungs Gesetz (AGG-Reform)

Beschreibung:

Stärkung & Ausweitung der Antidiskriminierung von Anbietern von privaten Dienstleistungen und Produkten von Menschen mit Behinderung.

Barrierefreiheit im privaten Sektor

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

5. Diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen

Beschreibung:

Gesetzesreform geplant zur Barrierefreiheit für private Arztpraxen, für Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen etc.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

6. Verabschiedung des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes

Beschreibung:

Stärkung der gesundheitlichen Versorgung in der Kommune, Inhalte neu z.B. Erleichterung/ Beschleunigung der Hilfsmittelversorgung
ggf. Gesundheitskioske und Primärversorgungszentren, Versorgungspauschalen für chronisch kranke Menschen, Vorhaltepauschalen für Arztpraxen, Stärkung der Patientenvertretung, Pflicht der GKV zur Erhebung und Veröffentlichung von Leistung- und Qualitätskennzahlen, Mittelverwendung aus dem Strukturfonds vertragsärztlicher Versorgung .

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 234/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune
(Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11853 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2405230033 \(PDF - 11 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. [SG2412100033 \(PDF - 18 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Versendet am 16.10.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

7. [Verordnung über die Leistungsberechtigung in der Eingliederungshilfe \(VOLE\)](#)

Beschreibung:

Aus dem Bundesteilhabegesetz hatte sich für den Verordnungsgeber gemäß § 99 Abs. 4 SGB IX der Auftrag ergeben, auf Grundlage des Behinderungsbegriffs in § 2 Abs.1 SGB IX

und insbesondere des § 99 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB IX durch eine Rechtsverordnung die Kriterien der Leistungsberechtigung für die Eingliederungshilfe neu zu bestimmen, um die bisherige Eingliederungshilfe-Verordnung abzulösen.

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406130033 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG
dorthin]

8. Gesetzgebungsverfahren Pflegekompetenzgesetz

Beschreibung:

Es geht um die Stärkung und Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufs durch Erweiterung der Kompetenzen für Pflegefachkräfte.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14988 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz
(Pflegekompetenzgesetz - PKG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2412100036 (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG
dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. **SG2507310018** (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

9. Verabschiedung des Betreuungsvergütungsgesetzes

Beschreibung:

Anhebung der Vergütung von Betreuer*innen und Finanzierung von Betreuervereinen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14525 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Vormünder- und Betreuervergütung und zur Entlastung von Betreuungsgerichten und Betreuern

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Gesetz zur Neuregelung der Vormünder- und Betreuervergütung und zur Entlastung von Betreuungsgerichten und Betreuern (20. WP) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

10. Einführung-einer-bundeseinheitlichen-Pflegefachassistanzausbildung

Beschreibung:

bundeseinheitliche Pflegefachassistanzausbildung und die Forderung dies auch für die Heilerziehungspflege zu ermöglichen.

Referentenentwurf:

Gesetz über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistanzausbildung [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 05.06.2025

1. Federführendes Ministerium: BMBFSFJ [alle RV hierzu] (Vorgang)

2. Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu] (Vorgang)

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507310023** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSF) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

11. Versorgungsmedizinverordnung

Beschreibung:

Überarbeitung und Veränderungen des Teil A der VersMedV

Referentenentwurf:

Sechste Verordnung zur Änderung der Versorgungsmedizin-Verordnung (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 21.07.2025

Federführendes Ministerium: BMAS [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

VersMedV [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507310024 [\(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

180.001 bis 190.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):**1. Aktion Mensch e.V.**

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Bildungsveranstaltungen

2. Software AG Stiftung

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Wirksamkeitsevaluation des anthroposophischen Sozialwesens

3. Software AG Stiftung

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Zuwendung Referent*in inklusive Kinder- und Jugendhilfe

4. Software AG Stiftung

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Netzwerk Inklusion leben

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.670.001 bis 1.680.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[JA2024_Kurzform.pdf](#)